

EU - Better Regulation

Auf der Ebene der Europäischen Union ist Verwaltungskosten senken ein Teil eines breiteren Ansatzes zur „besseren Rechtssetzung“, im Englischen „better regulation“. Better Regulation ist ein Schlüsselement der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung und fließt über nationale Reformpläne der Mitgliedsländer im Rahmen der Lissabon-Agenda ein. 17 Mitgliedsstaaten haben in ihren nationalen Reformplänen zur Lissabon-Agenda Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungslasten angekündigt.

Der Europäische Rat hat unter österreichischer Präsidentschaft im Juni 2006 die Europäische Kommission eingeladen, bis Anfang 2007 über Fortschritte auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene zu berichten und konkrete Vorschläge zu präsentieren.

Bei der Tagung des Europäischen Rates am 8./9. März 2007 in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt, Verwaltungskosten aus EU-Rechtsvorschriften bis 2012 um 25 Prozent zu senken. Vor allem Klein- und Mittelunternehmen sollen von den geplanten Reduktionsmaßnahmen profitieren. Im Aktionsprogramm der Europäischen Kommission vom 24. Jänner 2007 zur Verringerung der Verwaltungslasten, das vom Europäischen Rat beim oben erwähnten Frühjahrsgipfel angenommen wurde, werden verschiedene Punkte genannt:

- Ziel: 25-prozentige Reduktion des Verwaltungsaufwandes durch EU-Rechtsvorschriften bis 2012; an die Mitgliedstaaten ergeht die Empfehlung, bis 2008 ähnlich ambitionierte nationale Ziele zu verfolgen.
- Methode: EU-Standard-Cost-Model, das bereits in 13 EU/EWR-Staaten angewandt wird (AT, BE, CZ, DK, EE, FR, DE, IT, NL, NO, PL, SV, UK).
- Organisation: Die Europäische Kommission misst Gemeinschaftsrecht mit Hilfe von externen Beratern, die Mitgliedstaaten messen dessen nationale Umsetzung, dabei kommt es zu einer gemeinschaftsweiten Koordination über eine High Level Group aus nationalen Sachverständigen. Zusätzlich wurde im Herbst 2007 eine weitere High Level Group unabhängiger Stakeholder unter der Leitung von Edmund Stoiber gebildet, die die Europäische Kommission gezielt aus unternehmerischer Sicht bei der Umsetzung des „better regulation“-Projekts unterstützen soll.
- 13 prioritäre Bereiche: Gesellschaftsrecht, Arzneimittelrecht, Arbeitsumgebung/Beschäftigungsverhältnisse, Steuerrecht, Statistik, Landwirtschaft, Lebensmittelrecht, Verkehr, Fischerei, Finanzdienstleistungen, Umwelt,

EU - Better Regulation

Kohäsionspolitik, Öffentliches Auftragswesen + „Low Hanging Fruits“, d.h. 11 Sofortmaßnahmen.

Der Rat und das Europäische Parlament sind aufgefordert, diesen Sofortmaßnahmen Vorrang einzuräumen und ihre rasche Umsetzung zu forcieren.

Links

<http://wko.at/verwaltungskostensenken>

www.verwaltungskostensenken.at

http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/better_regulation/index_de.htm

www.administrative-burdens.com

Dieses Infoblatt ist ein Produkt der Wirtschaftskammer Österreich.

Diese Information finden Sie im Internet unter <http://wko.at/verwaltungskostensenken>.

Auch wenn aus Gründen der Textautonomie zum Teil auf weibliche Formen verzichtet wurde, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche und männliche Personen.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben trotz sorgfältigster Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Autors oder der Wirtschaftskammer Österreich ausgeschlossen ist.

Die Wirtschaftskammer Österreich ist Kooperationspartner des Bundesministeriums für Finanzen bei der Initiative

